

Bestätigung über den Eingang einer Petition

Hiermit wird bestätigt, dass die Petition

„Stoppt die Privatisierung der Kita Taka-Tuka-Land“

am 24.03.2026 bei der Stadtverwaltung Frankenberg im Sekretariat des Bürgermeisters eingegangen ist.

Die Petition wurde übergeben von:

Nike Pflug/ Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Die Petition enthält 908 Unterschriften zum Zeitpunkt 24.03.2026 9:29 Uhr.

+ schriftlich 141 Unterschriften

Ort, Datum: Chemnitz, 24.03.2026

Unterschrift: _____

J. Wolff
sekretariat Bürgermeister
STADTVERWALTUNG

Stempel: Markt 15 · 09669 Frankenberg/Sa.
Postfach 1134 · 09665 Frankenberg/Sa.
Telefon 037206 / 640

Stoppt die Privatisierung der Kita Taka-Tuka-Land

An: Stadtrat und Stadtverwaltung Frankenberg

An den Stadtrat und die Stadtverwaltung von Frankenberg

Wir, die Unterzeichnenden – Eltern, Beschäftigte und Unterstützer – sprechen uns entschieden gegen die geplante Privatisierung der Kita Taka-Taku-Land aus.

Wir fordern die Stadt Frankenberg auf, die Einrichtung weiterhin in kommunaler Trägerschaft zu führen und von einer Privatisierung abzusehen.

Warum ist das wichtig?

Warum wir diese Petition starten

Kindertagesstätten sind ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie gewährleisten Bildung, Betreuung und soziale Entwicklung für Kinder und ermöglichen Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Eine Privatisierung birgt aus unserer Sicht erhebliche Risiken:

1. Qualität der Betreuung

Private Träger stehen unter wirtschaftlichem Druck. Dieser kann langfristig zu Einsparungen bei Personal, Ausstattung oder Betreuungsangeboten führen.

2. Arbeitsbedingungen der Beschäftigten

Die Qualität der Betreuung hängt unmittelbar von den Arbeitsbedingungen der pädagogischen Fachkräfte ab. Eine Privatisierung kann zu Verschlechterungen bei Tarifbindung, Personalstruktur oder Planungssicherheit führen.

3. Stabilität und Verlässlichkeit für Familien

Kommunale Einrichtungen bieten langfristige Stabilität und demokratische Kontrolle.

Entscheidungen über Kinderbetreuung sollten nicht von wirtschaftlichen Interessen abhängig sein.

4. Verantwortung der öffentlichen Hand

Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe und sollte in öffentlicher Verantwortung bleiben.